

Antworten auf die **Bau(wirtschafts)krise**

I. Baunebenkosten und Steuern senken

- Grundsätzliche Erleichterungen bei der Grunderwerbssteuer einführen, um die Investitionsbereitschaft zu steigern:
 - Bei Erteilung der Befugnis des Bundes an das Land: Freibeträge bei Ersterwerb selbstgenutzten Wohneigentums von 150.000 € pro Erwachsenen und 100.000 € pro Kind einführen
 - Falls der Bund untätig bleibt: Das Land erstattet beim Ersterwerb selbstgenutzten Eigentums pro Erwachsenen 10.000 € und pro Kind 5.000 € der gezahlten Grunderwerbsteuer
- Prüfen, ob weitere Bau-Nebenkosten wie z.B. Grundbucheintrag, Gebühren für Baugenehmigungen und Prüfleistungen reduziert werden können

II. Vorgaben lockern und Bürokratie abbauen

- Keine Kopplung des baulichen Anforderungsniveaus an das technisch mögliche Maximum, sondern Standardabsenkung auf ein vertretbares Maß
- Emissions-Effizienz statt Fokussierung auf Gebäudehülle und Dämmstärke
- Einführung einer verbindlichen Folgekostenabschätzung für neue Vorgaben
- Keine Verschärfung der Bau- und Umwelt-Standards auf Bundes- und europäischer Ebene
- Konkrete Maßnahmen:
 - Mindeststandard bei Neubauten wieder auf EH 70 festlegen
 - Typen-Genehmigungen anderer Bundesländer (Bayrisches Vorbild) für Serielles Bauen unmittelbar anerkennen und länderübergreifende Anerkennung (Berlin – Brandenburg)
 - Umweltanforderungen anpassen: Populations-Artenschutz vor Individuen-Artenschutz

- Genehmigungsprozesse vereinfachen und beschleunigen – Ziel: Baugenehmigungen innerhalb von 3 Monaten abschließen:
 - Das Instrument der Genehmigungsfiktion weiterentwickeln, Genehmigungsfreistellungen einführen sowie die Einführung der parallelen Bearbeitung der zuständigen Genehmigungsbehörden prüfen
 - Digitalisierung der für das Bauen und Planen zuständigen Ämter
 - Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Baugenehmigungsprozess

III. Förderung vereinfachen und Anreize erhöhen

- Auskömmliche und verlässliche Förderkulisse in Bund und Land
- Den älteren Gebäude-Bestand durch eine attraktive Förderkulisse des Bundes signifikant modernisieren, da hier größtmögliche Energieeinsparungen möglich sind
- Förderung von Fahrstuhl-Einbauten – gerade im Bestand – unabhängig von der Gebietskulisse stärken
- Mehr Anreize für Sanierung und Modernisierung: Ausweisung von Sanierungsgebieten mit Steuerabschreibungsmöglichkeiten für die Gebäudebesitzer (§ 11a EStG)
- Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ für den Bereich Wohnen beider Förderkulisse des Landes für Wohn-Erwerb,-Modernisierung oder -Sanierung zu Gunsten des Außenbereichs flexibilisieren
- Die Einkommensgrenzen bei den Förderprogrammen des Bundes sind nicht mehr zeitgemäß und müssen deutlich angehoben werden
- Bündelung von Förderangeboten auf einer übersichtlichen Portalseite, um bestehende Förderkulisse von Bund und Ländern für Kommunen und Bürger im Wohnraumsektor gemeinsam darzustellen

IV. Bauen mit Aussicht

- Instrumente wie das Baulückenkataster, mit denen ein Überblick über noch verfügbare Grundstücke möglich ist, gilt es weiter zu fördern. Dafür sind die Spielräume im Landesentwicklungsplan bestmöglich auszunutzen
- Mehr Flächen durch Entlassungen aus Landschaftsschutzgebieten für angrenzende Vorhaben der kommunalen Gewerbe- und Wohnausweisung

- Chancen von heimischen Baumaterialien und innovativen Bautechniken in den Blick nehmen
- Die Markteinführung von 3D-Drucker-Bauten unterstützen
- Offenheit der Softwareauswahl gegenüber dem Auftragnehmer sowie Bereitstellung offener Schnittstellen auf Seiten der Verwaltung
- Interaktive Plattform anbieten zum Anzeigen und Registrieren von überflüssigen Regelungen